Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 20.11.2018

Amt: Stadtkämmerei
AZ: II.1

Vorlage Nr. 216/XVIII

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Finanzausschuss	04.12.2018
Verwaltungsausschuss	18.12.2018
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	20.12.2018

Jahresabschluss 2013; Entlastung des Bürgermeisters

Die Stadt Alfeld (Leine) legt Ihnen den vierten Jahresabschluss auf Basis des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR) vor.

Seit der Reform des kommunalen Haushaltsrechts 1974 hat die Stadt Alfeld (Leine) ihre Jahresrechnungen bis zum 31.12.2009 auf Basis der Kameralistik mit einer Trennung in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt aufgestellt. Dabei konzentrierte sich der Rechnungsstoff rein auf die Zahlungsflüsse des jeweiligen Jahres. Vermögensbestände, Risiken, Verbindlichkeiten und verursachungsgerechte zeitliche Zuordnungen spielten bis dahin systembedingt keine oder nur eine untergeordnete Rolle.

Der Jahresabschluss ersetzt die kamerale Jahresrechnung und ist das wesentliche Dokumentations- und Rechenschaftsinstrument. Er gibt darüber Auskunft, wie die Daten des Haushaltsplans verwirklicht worden sind. Nach § 128 Absatz 1 Satz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat die Kommune für jedes Haushaltsjahr einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung klar und übersichtlich darzustellen. Im Jahresabschluss ist die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune mit sämtlichen Vermögensgegenständen, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen darzustellen (§ 128 Abs. 1, S. 2 NKomVG). Er lehnt sich an den handelsrechtlichen Vorschriften für Kapitalgesellschaften gem. §§ 264 ff. Handelsgesetzbuch (HGB) an. Der Jahresabschluss bildet das Ende des alljährlichen Haushaltskreislaufs.

Nach Ablauf des Haushaltsjahres müssen die Vertretung (der Rat), die Aufsichtsbehörde und die Öffentlichkeit über die Ausführung der Haushaltsplanung informiert werden.

Der Jahresabschluss besteht nach § 128 Abs. 2 NKomVG aus

der Ergebnisrechnung

der Finanzrechnung

der Bilanz und

einem Anhang.

Dem Anhang sind

ein Rechenschaftsbericht

eine Anlagenübersicht

eine Schuldenübersicht

eine Rückstellungsübersicht

eine Forderungsübersicht

und

eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen

beizufügen.

Die §§ 50 bis 59 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen (Kommunalhaushalts- und kassenverordnung –KomHKVO-) legen die Grundsätze zum Inhalt und zur Gliederung des Jahresabschlusses und der Anlagen fest. Nach § 54 KomHKVO werden im Jahresabschluss die Erträge und Aufwendungen sowie die Einzahlungen und Auszahlungen nach der Gliederung für die Ergebnisrechnung und die Finanzrechnung ausgewiesen und den Haushaltsansätzen gegenübergestellt ((Plan-Ist-Vergleich).

Bis auf die Erläuterung von Plan-Ist-Abweichungen wird auf eine tiefergehende Analyse des Jahresabschlusses aufgrund der Tatsache, dass der Betrachtungszeitraum bereits längere Zeit zurückliegt, verzichtet. Ebenso verzichtet wird auf die Wertung entsprechender Kennzahlen. Diese können erst in einem Betrachtungszeitraum über mehrere abgeschlossene Haushaltsjahre Wirkung und Aussagekraft entfalten.

Nach § 129 Abs. 1 S. 1 NKomVG ist der Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres, also bis zum 31.03. des Folgejahres aufzustellen. Damit werden der Nachweis über die Einhaltung des Haushaltsjahres (Soll-Ist-Vergleich) und der Deckungserfolg (genaue Deckung bzw. Über- oder Unterdeckung) erbracht. Über die Umstände, warum diese Frist derzeit noch nicht eingehalten wurde, ist mehrfach berichtet worden. Die Verwaltung arbeitet die Jahresabschlüsse nach einem mit der Kommunalaufsicht abgestimmten Zeitplan ab, der auch dem Rat der Stadt Alfeld (Leine) bekannt ist. Außerdem ist die Verwaltung überzeugt, dass nach der Erstellung der ersten Jahresabschlüsse deren Fertigstellung durch die gesammelten Erfahrungen zügiger erfolgt und sich der vorgeschriebenen Frist mehr und mehr genähert wird.

Nach § 129 Abs. 1 S. 2 NKomVG stellt die Hauptverwaltungsbeamtin bzw. der Hauptverwaltungsbeamte die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses fest und legt ihn zusammen mit einem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes und einer eigenen Stellungnahme zu diesem Schlussbericht der Vertretung (dem Rat) vor, damit dieser über die Entlastung der Hauptverwaltungsbeamtin bzw. des Hauptverwaltungsbeamten entscheiden kann. Die ausschließliche Zuständigkeit des Rates für den Beschluss des Jahresabschlusses und die Entlastungserteilung des Bürgermeisters ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 10 NKomVG.

Der Beschluss der Vertretung über den Jahresabschluss und die Entlastung ist gem. § 129 Abs. 2 S. 1 NKomVG der Kommunalaufsicht unverzüglich mitzuteilen und öffentlich bekanntzumachen. Anschließend ist der Jahresabschluss an sieben Tagen öffentlich auszulegen.

Das Haushaltsjahr 2013 schließt mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von minus 3.783.524,43 Euro ab. Nach dem Haushalt geplant war ein solches in Höhe von minus 2.972.762,00 Euro. Außerordentlich ergibt sich ein Ergebnis von plus 44.221,38 Euro.

Ordentliche Erträge	31.584.109,59 EUR
Ordentliche Aufwendungen	35.367.634,02 EUR
Ordentliches Ergebnis	-3.783.524,43 EUR

Außerordentliche Erträge	71.983,94 EUR
Außerordentliche Aufwendungen	27.762,56 EUR
Außerordentliches Ergebnis	44.221,38 EUR
Jahresergebnis	-3.739.303,05 EUR

Nach den Haushaltsplanungen für das Haushaltsjahr 2013 lag das Jahresergebnis bei minus 2.900.262,00 Euro. Das tatsächliche Jahresergebnis beträgt, wie oben dargestellt, minus 3.739.303,05 Euro. Somit ist es um 839.041,05 Euro schlechter ausgefallen, als geplant.

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	30.361.997,65 EUR
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	30.457.578,27 EUR
Saldo Ein-/Auszahlungen (Cash-Flow)	-95.580,62 EUR

Bilanzsumme	120.554.564,50 EUR
Anlagevermögen	115.381.290,27 EUR
Nettoposition	44.928.449,24 EUR

Im Weiteren wird auf die entsprechenden Erläuterungen zur Ergebnis- und Finanzrechnung und der Bilanz sowie den Rechenschaftsbericht verwiesen.

Der Bürgermeister hat am 10.01.2017 die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2013 festgestellt. Ein Exemplar des Jahresabschlusses ist dann am 11.01.2017 dem Rechnungsprüfungsamt (RPA) mit der Bitte um Prüfung und der Kommunalaufsicht zur Kenntnis vorgelegt worden.

Das RPA hat den Jahresabschluss mit Unterbrechungen in der Zeit vom 07.03.2018 bis 31.05.2018 vor Ort in der Verwaltung geprüft. Das Ergebnis ist in dem Schlussbericht vom 27.08.2018 zusammengefasst. In einem Gespräch am 09.08.2018, zu dem jeweils eine Vertreterin/ein Vertreter jeder der im Rat der Stadt Alfeld (Leine) vertretenen Fraktionen/Gruppen eingeladen war, hat das RPA die Inhalte und Feststellungen seiner Prüfung erläutert und stand für Fragen zur Verfügung.

Der Prüfungsbericht enthält keine sog. Textziffern, während zwei Anmerkungen gemacht wurden. Nur zu den Textziffern hätte das RPA um eine Stellungnahme gebeten.

Die **Anmerkung A 1** bezieht sich auf den Zeitpunkt der Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses durch den Bürgermeister. Diese erfolgte am 10.01.2017 und damit nicht fristgerecht im Sinne des § 129 Abs. 1 NKomVG, wonach der Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen ist.

Die Verwaltung nimmt hier wie folgt Stellung: Dass die Verwaltung derzeit die gesetzlichen Fristen in dieser Hinsicht noch nicht einhält, ist bekannt und war Gegenstand mehrerer Diskussionen. Die Verwaltung ist auf einem guten Weg, sich der gesetzlich gesetzten Frist mehr und mehr anzunähern und sie danach einzuhalten.

Die **Anmerkung A 2** bezieht sich auf Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs. Das RPA merkt an, dass sich die von der Stadt Alfeld (Leine) zu zahlende Kreisumlage im Jahr 2014 gegenüber 2013 um rd. 579.000 EUR erhöht hat. Ursache waren erhöhte umlagerrelevante Einzahlungen (Steuern, Steueranteile und Schlüsselzuweisungen) in 2012/2013. Eine Rückstellung wurde nicht gebildet. Das RPA weist jedoch in seiner Zusammenfassung der Prüfung darauf hin, dass diese ergebnisverändernde Feststellung ausschließlich zu einer Ergebnisverschiebung zwischen zwei Haushaltsjahren führt. Und dass weitere Auswirkungen daraus nicht resultieren.

Die Verwaltung gibt dazu folgende Stellungnahme ab: Die Anmerkung wird künftig beachtet.

Aufgrund des Prüfungsergebnisses wird vom RPA festgestellt, dass:

- der Haushaltsplan grundsätzlich eingehalten wurde,
- die Buchungen in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren wurde,
- das Vermögen richtig nachgewiesen ist.

Der Jahresabschluss entspricht den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Alfeld (Leine). Der Rechenschaftsbericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

Das Rechnungsprüfungsamt hat keine Bedenken, dass der Rat der Stadt Alfeld (Leine) über den Jahresabschluss 2013 beschließt sowie dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2013 die Entlastung erteilt.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt gemäß §§ 58 Abs. 1 Nr. 10, 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG den Jahresabschluss der Stadt Alfeld (Leine) für das Haushaltsjahr 2013 und beschließt außerdem, dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2013 die Entlastung zu erteilen.“

Anlagen:

Sowohl der Jahresabschluss 2013, als auch der Prüfungsbericht des RPA werden im Ratsinformationssystem hinterlegt